

Presseinformation

„Über 185.000 Menschen bekräftigen: Uns reicht’s! Wir wehren uns gegen Stellenabbau und unzumutbare Arbeitsbedingungen in der Pflege.“

Berlin, den 05. Juni 2008

Mehr als 185.000 Pflegekräfte sind dem Aufruf der **Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)** und des **Deutschen Berufsverbandes für Pflegeberufe (DBfK)** gefolgt und haben mit ihrer Unterschrift gegen Stellenabbau, unzumutbare Arbeitsbedingungen und eine sich verschlechternde Patientenversorgung protestiert.

Allein in den Krankenhäusern wurden in den letzten zehn Jahren im Pflegedienst mehr als 50.000 von ehemals 350.000 Stellen abgebaut. Bei drastischer Verkürzung der Verweildauer und steigenden Fallzahlen kann dies nicht ohne Folgen für die pflegerische Versorgung bleiben. In Altenheimen und in der ambulanten Pflege sieht die Situation nicht besser aus. Die Fachkraftquote wird vielfach nicht eingehalten, immer weniger Pflegekräfte müssen immer mehr Pflegebedürftige in kürzeren Zeittakten versorgen. Ansprüche an eine humane Pflege bleiben dabei auf der Strecke. Berufsflucht und Burn-out sind die Folgen.

Die Aktion wurde vom **Deutschen Pflegerat** und zahlreichen weiteren Verbänden und Organisationen, u.a. der Berliner Patientenbeauftragten und der Berliner Ärztekammer unterstützt. Pflegekräfte in allen pflegerischen Versorgungsbereichen haben sich beteiligt: u.a. in Krankenhäusern, Altenheimen, ambulanten Pflegediensten, Rehakliniken und Krankenpflegeschulen. Die Aktion findet breite Unterstützung. Vom Chefarzt bis zur Pflegeschülerin im ersten Ausbildungsjahr ist das ganze Spektrum der Berufe im Gesundheitswesen auf den Listen vertreten. Auch Patienten und Angehörige haben sich dem Protest angeschlossen.

Mit der Übergabe der Unterschriften an die Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt am 5. Juni 2008 fordern die Unterzeichnenden die Bundesregierung auf, jetzt endlich zu handeln.

Wir fordern die Bundesregierung auf:

- **Schluss mit dem Sparen auf unsere Kosten.
Hohe Pflegequalität durch mehr und gut qualifiziertes Personal!**
- **Stoppen Sie den Personalabbau in der Pflege!**

Dem deutschen Pflegewesen droht nach Auffassung des Berufsverbandes und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft nach einem schleichenden, jahrelangen Arbeitsplatzabbau, Lohn-dumping sowie hohem Kostendruck angesichts des kontinuierlich steigenden Pflegebedarfs der Zusammenbruch: Arbeitsbedingungen und die Arbeitsbelastung der Pflegekräfte sind heute in allen drei Kernbereichen der Pflege – Krankenhäuser, stationäre Altenhilfe sowie ambulante Pflege – unzumutbar. Die allgemeinen Ursachen für die Krise der deutschen Pflege liegen im Pflegepersonalabbau bzw. -mangel bei gleichzeitig steigendem Pflegebedarf durch höhere Patientenzahlen und dem Anstieg pflegeintensiverer, u. a. chronischer Erkrankungen wie z. B. Demenz. Die Situation wird durch den zunehmenden Einsatz von nicht-ausgebildeten Hilfskräften in der Altenpflege und eine Aufweichung gesetzlicher Bestimmungen zur pflegerischen Mindestausstattung verschärft. Obwohl diese Entwicklungen seit Jahren bekannt sind und aufgrund der demografischen Entwicklung in Deutschland künftig bedeutend mehr Pflegekräfte benötigt werden, baut man gleichzeitig die Ausbildungsplätze für Pflegefachkräfte weiter ab. Dieser Befund von November 2007 verschärft sich weiter:

Katastrophale Situation in Krankenhäusern, stationärer und ambulanter Altenpflege

Allein in **Krankenhäusern** wurden seit 1995 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 51.243 Arbeitsplätze im Pflegedienst abgebaut, gleichzeitig stiegen die Fallzahlen von 15,9 auf 16,8 Millionen. Die Struktur der Pflegefälle hat sich noch dadurch verschärft, dass immer mehr multimorbide und ältere Patienten einen hohen Unterstützungsbedarf haben. Analytische Messinstrumente zur Erfassung von Pflegepersonalbedarf wurden vor Jahren bereits wieder außer Kraft gesetzt. Viele Krankenhäuser stehen unter einem erheblichen Kosten- und Wettbewerbsdruck, 40 Prozent aller Kliniken wollen auch in 2008 weiter Stellen in der Pflege abbauen – auf dem Rücken von Patienten und Pflegekräften, zu Lasten von Qualität und Sicherheit (Krankenhausbarometer 2007). Nach dem Pflegethermometer 2007 können beispielsweise nur in einem Drittel der Krankenhäuser eine regelmäßige Grundpflege und Lagerung von Patienten erbracht werden, und nur 25 Prozent aller Häuser können sich überhaupt intensiv um pflegebedürftige Patienten kümmern.

In **Altenpflegeheimen, d.h. der stationären Altenhilfe**, ist die Situation für Heimbewohner und Pflegekräfte ebenso dramatisch; hier wirken sich Zeitdruck, Überbelastung, unzureichende Qualifizierung und Personalmangel besonders drastisch aus – die Kluft zwischen Ansprüchen von Patienten und Angehörigen und der Heimrealität wird immer größer. Für Zuwendung bleibt keine Zeit, immer mehr Pflegebedürftige müssen in kürzeren Zeittakten gepflegt und betreut werden. Da die Zahl der Pflegebedürftigen und Demenzkranken und der Grad der Pflegebedürftigkeit in Deutschland unaufhaltsam steigen – nach aktuellen Erhebungen von heute 677.000 Heimbewohnern auf etwa 1,7 Millionen im Jahre 2050 – wird gerade in der stationären Altenhilfe schon in den nächsten

zwanzig Jahren doppelt so viel Personal benötigt. Stattdessen droht in vielen Bundesländern jedoch ein zunehmender Qualitätsverlust, weil der Fachkräfteschlüssel, der die Zahl von Pflegefachkräften in Heimen gesetzlich festlegt, aus Kostengründen ausgehöhlt wird bzw. angesichts zunehmender Krankheitsschwere der Bewohner nicht mehr ausreicht.

In den Einrichtungen der **ambulanten Pflege** sieht die Lage nicht besser aus. Da auch hier immer mehr Menschen länger pflegebedürftig sind, gleichzeitig aber das klassische familiäre Umfeld für die Pflege wegfällt, steigt der Bedarf an häuslicher Pflege kontinuierlich an. Besorgniserregend ist hier der Qualitätsverfall durch den Einsatz ungelernter Hilfskräfte. Schätzungen gehen davon aus, dass heute bereits rund eine Million unqualifizierter Kräfte in der häuslichen Pflege arbeiten, immer weniger Fachkräfte stehen zur Verfügung. In der stationären wie ambulanten Altenpflege führt der Fachkräfteabbau zu einer drastischen Verschlechterung der Pflegequalität mit höheren Zahlen an Todesfällen, Fehlbehandlungen und Pflegemissständen.

Unbeschadet der öffentlichen Diskussion über eine schlechter werdende pflegerische Versorgung, Fachkräftemangel und steigenden Pflegebedarf werden Ausbildungsplätze abgebaut.

Forderungen der Pflegekräfte an die Bundesregierung.

Angesichts der unzumutbaren Bedingungen in der Pflege stellen der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe und die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di mit ihrer Unterschriftenkampagne die folgenden Forderungen an Gesellschaft und Politik:

- Patienten und Pflegekräfte haben ein Recht auf eine Personalausstattung in allen Versorgungsbereichen, die eine qualitativ hochwertige und dem Bedarf angemessene pflegerische Versorgung gewährleistet. **Dies kann nur über eine sichergestellte Finanzierung gewährleistet werden.**
- Die Pflege benötigt verpflichtende analytische Personalbemessungsverfahren zur Sicherstellung dieser Personalausstattung. **Dies bedarf einer politischen Entscheidung auf der Grundlage der Expertise von Pflegefachleuten, Wissenschaftlern und Ökonomen. Insbesondere der seit 1995 erfolgte überschießende Abbau von Pflegestellen im Krankenhaus ist wieder rückgängig zu machen.**
- Pflegefachkräfte verdienen eine leistungsgerechte Vergütung, die den Anforderungen und Belastungen angemessen ist, auf der Grundlage von Tarifverträgen.

- Die Kampagne setzt sich für Arbeitsbedingungen ein, die es möglich machen, den Pflegeberuf wieder mit Freude und Stolz – und möglichst ein Leben lang auszuüben. **Die Gestaltung der Arbeitsbedingungen muss sich modernen Organisationsformen anpassen, die den Kompetenzen und Fähigkeiten der Berufsgruppe Rechnung trägt. Gesundheitsförderung und sichere Arbeitsplatzgestaltung müssen einen hohen Stellenwert erhalten.**
- Die Pflege ist kein Lückenbüßer und Dispositionsreserve für ungeliebte Tätigkeiten anderer Berufe. **Es bedarf einer Gesamtschau der Aufgaben der verschiedenen Berufsgruppen und einer ideologiefreien Diskussion zur Neuverteilung im Sinne einer qualifizierten Versorgung und Betreuung.**
- Die Pflegenden in Deutschland erwarten Respekt und Anerkennung für die Leistung, die sie für den Behandlungserfolg erbringen. **Hierzu ist es notwendig, die Pflegeberufe bei allen Weichenstellungen und Entscheidungen gleichberechtigt zu beteiligen.**
- DBfK und ver.di fordern die Bundesregierung auf, sich aktiv für die dauerhafte Sicherstellung der pflegerischen Versorgung in Deutschland einzusetzen. **Dazu bedarf es einer gemeinsamen Kraftanstrengung der politisch Verantwortlichen (Ministerien und Parlamente) unter Beteiligung der Interessenvertretungen der Pflegeberufe und der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen.**

Weitere Informationen:

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V.

Salzufer 6, 10587 Berlin, Tel. 030/219 157 0, Fax 030/219 157 77
dbfk@dbfk.de www.dbfk.de

ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Bundesverwaltung - Fachbereich 3: Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen
Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Tel. 030/69 56 18 30, Fax 030/69 56 31 41
gerd.dielmann@verdi.de www.verdi.de

www.pflege-uns-reichts.de